



Bis zu 800 Handwerker der Region verlieren ihren Job. Während des Baus des Gotthard-Basistunnels lebten bis 1300 Arbeiter in Sedrun. Nun sind es noch vier. Als Folge davon sind die Einnahmen der Gemeinde eingebrochen. Eine grosse Herausforderung für den neuen Gemeindepräsidenten. Foto Keystone

Gemeinden auf dem Weg zur Firma

In den Amtsstuben halten immer häufiger unternehmerische Strukturen Einzug

Von Kurt Tschan, Luzern

Pia Maria Brugger Kalfidis wird im nächsten Frühjahr Geschäftsführerin der luzernischen Gemeinde Ebikon. Die frühere CVP-Kantonsrätin wird zu diesem Zeitpunkt Chefin über 180 Gemeindegestellte und das operative Bindeglied zum Gemeinderat, der sich auf die strategische Führung der schnell wachsenden über 13000 Einwohner zählenden Agglomerationsgemeinde von Luzern fokussieren will.

Vorausgegangen ist der Neuausrichtung eine Strukturreform, die dazu geführt hat, dass die Pensen der Gemeinderäte reduziert und die frei werdenden finanziellen Mittel in Verwaltungs-Ressourcen investiert werden. Während der Gemeinderat häufiger über Grundsätzliches nachdenken und in grösserer Ruhe die Weichen für Projekte der Gemeinde stellen will, ohne vom Alltagsstress aufgefressen zu werden, bereitet Brugger Kalfidis Geschäftsleitungssitzungen vor und arbeitet als CEO der Gemeinde, wie Patrick Deicher, Berater öffentlicher Verwaltungen bei der auf Prüfung, Treuhand, Steuern und

Beratung tätigen BDO gestern an einem Informationsanlass für Gemeinden in Luzern erklärte.

Brugger Kalfidis ist keine Ausnahme. Immer mehr Kommunen sind auf Findungssuche oder schliessen sich mit anderen zusammen. Der Trend zu grössere Gemeinschaften, die effizienter und im Verteilungskampf stärker sind, hat in der Vergangenheit zu einem Gemeindesteigen in der Schweiz geführt. Zwischen 1990 und 2014 wurden 669 Ortsnamen von der Karte gestrichen. 2015 wurden im amtlichen Gemeindeverzeichnis noch 2352 Kommunen aufgeführt. Das ist fast ein Fünftel weniger als im Jahr 2000.

Anreiz hat abgenommen

Autonomie macht zwar Gemeinden glücklich, wie Andreas Ladner, Professor für Schweizerische Verwaltung und institutionelle Politik an der Universität Lausanne sagt. Lokale Autonomie sei nämlich gleichzusetzen mit Handlungs- und Gestaltungsspielraum. Bereits hätten aber zwei von drei Gemeinden Mühe, die Ämter zu besetzen. Zudem wird jeder zweite Sitz ohne ein demo-

kratisches Auswahlverfahren mit mehreren Kandidaten vergeben. Für Ladner ist deshalb klar, dass die lokale Demokratie ihren Nimbus der Unberührtheit verloren hat, weil die Aufgabenstellungen komplexer geworden sind, der Anreiz auf ein öffentliches Amt aber abgenommen hat. Wer Zeit für Beruf und Familie möchte, winkt ab, wenn er um die Mitarbeit in seiner Wohn-gemeinde nachgefragt werde.

Tatsächlich ist der zeitliche Aufwand für ein öffentliches Mandat nicht zu unterschätzen. Rund neun von zehn Amtsträger bekleiden ihre Tätigkeit im Nebenamt. Der Anteil der Profis liegt gerade mal bei 2,7 Prozent. Der durchschnittliche zeitliche Aufwand für die politische Tätigkeit wird mit 10,6 Stunden in der Woche angegeben – und das bei einem durchschnittlichen Stundenlohn von 25.06 Franken. Auch Führungskräfte verdienen mit einem durchschnittlichen Stundenlohn von 29.36 Franken nur unwesentlich mehr.

Headhunter eingesetzt

Wenn Ladner an nebenamtlich tätigen Politiker denkt, dann spricht er «von unserem Sozialkapital, dem Nährboden von Demokratie». Immerhin gehören dazu weiterhin 14000 Menschen, wie die Erhebungen der Universität Lausanne zeigen. Um das Milizsystem am Leben zu erhalten, finden schweizweit gemäss Hochrechnungen nicht weniger als 65000 ordentliche Sitzungen im Jahr statt, die insgesamt etwa 180000 Stunden dauern. «Damit verbringen sämtliche rund 14000 Mitglieder der Gemeindeexekutiven zusammen jährlich weit über eine Million Stunden an ordentlichen Sitzun-

gen, dazu kommen noch die ausserordentlichen Sitzungen sowie die Kommissionsitzungen», sagt Ladner.

Gemäss Deicher lässt sich das CEO-Modell aber auch adaptieren, so dass sich der Gemeinderat als Verwaltungsrat definiert, der einen Delegierten bestimmt. Die Gefahr bei diesem Modell bestehe allerdings darin, dass ein solcher Delegierter mit zu grossen Machtbefugnissen ausgestattet werde.

Wie erfinderisch Gemeinden inzwischen geworden sind, um vakante Posten zu besetzen, beweist das Beispiel der Bündner Gemeinde Sedrun Tujetsch. Dort wurde die Suche nach einem neuen Gemeindepräsidenten einem Headhunter übertragen, nachdem kein Einwohner Interesse gezeigt hatte. Aus der Not heraus wurden mehr als 1000 Briefe an Zweitwohnungsbesitzer und Dauermieter versandt.

Breites Aufgabenspektrum

Die anschliessende Selektion erfolgte im Ausschlussverfahren. Am Schluss war noch der frühere Publicitas-CEO Beat Roeschlin übrig. Er zügelte von Walchwil im Kanton Zug ins Bündnerland und spricht zehn Monate später von einer grossen Herausforderung angesichts «der Breite und Tiefe des Aufgabenspektrums». Als Folge der Annahme der Zweitwohnung-Initiative erwartet er, dass in den nächsten zwei Jahren bis zu 800 Handwerker der Region ihren Job verlieren werden.

Gleichzeitig befinden sich die Steuereinnahmen seit der Fertigstellung des Gotthard-Basistunnels im Sinkflug, weil 1300 Arbeiter wieder weggezogen sind. Für den Bau der Neat hatten sie sich im Bündnerland niedergelassen.

Nachrichten

SBB geben Vermietung von Sitzungsräumen auf

Bern. Die SBB beenden das Projekt «SBB Businesspoint» per Ende März 2016. Damit wird es künftig nicht mehr möglich sein, an den Bahnhöfen Bern und Genf Sitzungsräume zu mieten. Das Angebot habe nicht kosten-deckend betrieben werden können, begründeten gestern die SBB den Ent-scheid. Die durchschnittliche Auslas-tung in Bern betrug 40 Prozent, in Genf lag sie gar nur bei 15 Prozent. SDA

Aus 50000 Billigjobs wurden reguläre Stellen

Nürnberg. Mit der Einführung des Mindestlohns sind in Deutschland nach Erkenntnissen von Arbeitsmarktforschern zum Jahresbeginn 2015 mehr als 40000 Billigjobs dauerhaft weggefallen. Rund 50000 wurden dagegen in reguläre Arbeitsplätze umgewandelt, wie aus einer Studie des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung hervorgeht. Die Denkfabrik der Bundes-agentur für Arbeit hat dabei nur die Entwicklung im ersten halben Jahr nach der Einführung des gesetzlichen Mindestlohns von 8.50 Euro unter-sucht. SDA

Post liefert mehr Pakete aus dank Onlinehandel



Bern. Die Schweizerische Post hat 2015 erneut mehr Pakete ausgeliefert. 115 Millionen Pakete verarbeitete die Post im letzten Jahr, drei Millionen mehr als im Vorjahr. Zugenommen hat die Anzahl Päckli vor allem dank dem wachsenden Onlinehandel. Gestiegen ist auch die Anzahl der teureren Priority-Pakete. Die Onlinekunden wollten ihre Pakete häufig bereits am Tag nach der Bestellung erhalten, begründete die Post diese Zunahme. SDA

Schwellenländer: Geldabfluss begrenzt

New York. Nach der US-Zinswende wird laut der internationalen Banken-lobby nicht so viel Geld aus Schwellen-ländern abfliessen wie vielfach befürchtet. Demnach werden Investoren 2016 voraussichtlich 448 Milliarden Dollar aus Staaten wie China, Indien, Russland und Brasilien abziehen. Wie der Internationale Bankenverband IIF gestern mitteilte, summierten sich die Kapitalabflüsse aus den aufstrebenden Volkswirtschaften im vorigen Jahr auf 735 Milliarden Dollar. SDA

Aktie von Zurich bricht massiv ein

Zürich. Die Titel des Versicherungs-konzerns Zurich sind gestern stark gefallen. Der Aktienkurs lag gleich zu Handelsbeginn rund 8,5 Prozent im Minus. Hintergrund dieses Einbruchs war eine Vorabinformation des Schweizer Unternehmens über die Ergebnisse des vierten Quartals 2015. Diese werden aller Voraussicht nach deutlich schlechter als erwartet ausfallen. So belasten etwa Schäden aus Naturka-tastrophen sowie ein beträchtliches Volumen an Grossschäden. SDA

Barry Callebaut verkauft mehr Schokolade

Zürich. Barry Callebaut hat in den ersten drei Monaten des Geschäftsjahres 2015/2016 mehr Schokolade verkauft. Der weltgrösste Schokoladenproduzent steigerte die Verkaufsmenge um 6,4 Prozent auf 494873 Tonnen. Der globale Markt ging um 3,7 Prozent zurück. Das Wachstum sei breit abge-stützt und durch die drei wichtigsten Wachstumstreiber Auslagerung und Partnerschaften, Schwellenländer sowie Gourmet- und Spezialitätenpro-dukte beflügelt worden. SDA

AUFWAND UND ENTSCHÄDIGUNG GEMEINDERÄTE

Kanton	Nebenamt in Prozent	Stunden pro Woche (alle)	Stundenlohn Nebenamt Präsidenten	Stundenlohn Nebenamt Mitglieder
BS	66,7	19,7	39.42	34.51
BL	97,1	10,8	38.05	25.87
SO	94,4	6,4	33.67	13.35
AG	95,0	11,1	36.96	30.26
UR	100,0	6,8	16.02	12.54
Total	90,4	10,6	29.36	25.06

* Quelle Universität Lausanne Unil

Replik auf die Kolumne «Nein zur Durchsetzungs-Initiative» von Urs Müller-Walz, BaZ vom 13. Januar

Durchsetzungs-Initiative Ja?

Von Hanspeter Weibel

Politiker und Rechtsgelehrte inklusive höchste Richter machen sich Sorgen um den Schutz von ausländischen Straftätern in der Schweiz. Sie sorgen sich darum, dass verurteilte Straftäter aufgrund der Durchsetzungs-Initiative ausgeschafft werden könnten. Sie machen sich sogar Gedanken, weil diese in ihrem Heimatland ebenfalls unerwünscht sind und möglicherweise gar nicht zurückgeschafft werden könnten.

Als ob die Gerichte Straffällige nicht verurteilen, wenn aktuell kein Haftplatz frei ist. Regierende und Wirtschaftsvertreter machen sich Sorgen um den Wirtschaftsstandort, als ob die Attraktivität eines Wirtschaftsstandortes von der Anzahl nicht ausgeschaffter krimineller ausländischer Straftäter bestimmt würde. Einige sehen auch noch die Demokratie in Gefahr und befürchten eine «Diktatur der Mehrheit». Wäre

denn eine Diktatur der Minderheit vorzuziehen? Sollen Richter nach persönlichem Ermessen Gründe für die Nicht-Ausschaffung von verurteilten Straftätern finden? Es ist erstaunlich, wie viele Personen sich Sorgen um verurteilte ausländische Straftäter machen. Selbst Menschenrechte werden bemüht, als ob es ein Menschenrecht auf «Missbrauch des Gastrechts» gäbe. Ist das Wohlergehen der Straftäter wichtiger als das ihrer Opfer?

Der Gesetzgeber – Parlament und Volk – setzt den Rahmen für die Rechtsprechung. Die Konkretisierung des Deliktskatalogs ist nötig, um nicht den persönlichen Ermessensspielraum eines Richters zum uneinheitlich gehandhabten Willkürakt werden zu lassen. Nur eindeutige Kriterien für die Ausschaffung von verurteilten Straftätern bewirken eine einheitliche Rechtsanwendung. Es ist wie beim Fussball, die dort geltenden Regeln versteht man auf der

ganzen Welt: Beim ersten Regelverstoss gibt es eine Gelbe Karte, im Wiederholungsfall folgt eine Rote. Nur in schweren Fällen gibts gleich beim ersten Mal eine Rote Karte und der Täter wird vom Platz gestellt. Und Schiedsrichterentscheide sind unumstösslich, ungeachtet dessen, ob vom Entscheid der Gewinn der Meisterschaft oder der Abstieg in die untere Liga abhängt.

Weshalb tut man sich so schwer, einen vom Volk entschiedenen Weg zur Ausschaffung krimineller Ausländer zu akzeptieren? Weil Richter ihre «Macht» zur individuellen Rechtsauslegung behalten wollen. Und weil Politiker nicht wahrhaben wollen, dass verurteilte ausländische Straftäter in unserem Land das Sicherheitsempfinden der Bevölkerung beeinträchtigen. Das Vertrauen in die Rechtsprechung wird durch unverständliche Urteile immer wieder untergraben. Strafandrohung ist auch ein Mittel der Prävention. Ein

Ja zur Durchsetzungs-Initiative macht deutlich: Wir wollen keine ausländischen Straftäter in unserem Land.

Unsere vergleichsweise komfortablen Gefängnisse sind heute schon zu über 70 Prozent mit ausländischen Straftätern belegt (dazu kommen noch zehn Prozent mit Migrationshintergrund). Ein Haftplatz kostet den Steuerzahler durchschnittlich rund 400 Franken pro Tag. Der strafrechtliche Landesverweis war schon nach altem Strafrecht Bestandteil unserer Gesetzgebung, er konnte bedingt oder unbedingt ausgesprochen werden. Dessen Abschaffung im Jahr 2006 war ein Fehler. Korrigieren wir diesen mit einem Ja zur Durchsetzungs-Initiative und entziehen verurteilten ausländischen Kriminellen das Aufenthaltsrecht in unserem Land. Das ist demokratisch, legitim, schadet weder der Wirtschaft noch sind Menschenrechte damit tangiert! Hanspeter Weibel ist SVP-Landrat.